

Herausgegeben von der
Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Sachsen
in Kooperation mit dem Kulturbüro Sachsen e.V.



**KULTURBÜRO
SACHSEN E.V.**



Sachsen

rechts unten

2016

SACHSEN RECHTS UNTEN 2016

EINE ANALYSE DES KULTURBÜRO SACHSEN E.V.

Herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Sachsen
in Kooperation mit dem Kulturbüro Sachsen e.V.



KULTURBÜRO
SACHSEN E.V.

IMPRESSUM

Herausgeber:

Friedrich-Ebert-Stiftung
Landesbüro Sachsen, Büro Dresden
Obergraben 17 a
01097 Dresden

V.i.S.d.P.: Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Sachsen.
Redaktionsschluss: 12.05.2016

INHALT

EINLEITUNG.....	5
• NEONAZISTISCHE STRUKTUREN IN SACHSEN IM WANDEL.....	6
NIEDERGANG DER NPD IN SACHSEN	6
DIE PARTEI ›DER III. WEG‹ IN SACHSEN	7
DIE PARTEI ›DIE RECHTE‹ IN SACHSEN.....	8
DIE NEUE »DIVERSITÄT« IM RECHTEN LAGER AM BEISPIEL BAUTZEN	9
• DIE ASYLFEINDLICHEN PROTESTE IN SACHSEN	11
QUANTITÄT DER ASYLFEINDLICHEN PROTESTE IN SACHSEN.....	11
QUALITÄT DER ASYLFEINDLICHEN PROTESTE IN SACHSEN	11
• VON FREITAL ÜBER MEISSEN NACH DRESDEN UND HEIDENAU – SCHWERPUNKTE DER NEONAZI-GEWALT IM LETZTEN JAHR IN SACHSEN	16
• DIE VÖLKISCH-RASSISTISCHE PEGIDA-BEWEGUNG ALS KATALYSATOR IN SACHSEN	22
• VORMARSCH VON RECHTSPOPULISTISCHEN POSITIONEN	25
• FAZIT.....	30
ANGEBOTE DES KULTURBÜRO SACHSEN E.V.	32

EINLEITUNG

Das Bundesland Sachsen erarbeitete sich in den vergangenen zwei Jahren einen traurigen Ruf. Bundesweit und auch international wurde wahrgenommen, dass Sachsen ein ganz besonderes Problem mit einem aggressiven Rassismus, einer gut organisierten Neonazi-Szene und der staatlichen Reaktionsfähigkeit auf rechte Mobilisierungen und Gewalt hat. Diese Gemengelage hat eine lange Vorgeschichte. Seit dem Ende der DDR fassten Neonazis in Sachsen Fuß und bauten Strukturen auf. Bereits vor Rostock-Lichtenhagen brannten in Sachsen die Unterkünfte von Vertragsarbeiter_innen, so z.B. in Hoyerswerda und es gab die ersten Todesopfer rechter Gewalt nach 1990, z.B. Jorge Gomondai im April 1991 in Dresden. Die **Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)** war über zehn Jahre lang mit einer Fraktion im Sächsischen Landtag vertreten und das Terrornetzwerk **Nationalsozialistischer Untergrund (NSU)** hatte in Sachsen seine Basis und ein breites Unterstützungsumfeld. Die vorliegende dritte Ausgabe der Publikation »Sachsen rechts unten« gibt erneut einen Einblick in die qualitative Verfasstheit der Demokratiegefährdungen in diesem Bundesland. Unser Anspruch ist, exemplarisch zu beschreiben, welche Ziele die sächsische Neonazi-Szene, die Bewegung der **Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes (Pegida)** oder die asylfeindlichen, teilweise gewalttätigen Proteste verfolgen, welche Wirkmächtigkeit sie entfalten können und welche Gefahren daraus resultieren. Es ist keine auf Vollständigkeit abzielende Beschreibung bzw. Analyse dieser Phänomene.

Unser Blick ist dabei einer aus zivilgesellschaftlicher Perspektive. Dieser hat den Vorteil, dass er nicht erst dort ansetzt, wo Gesetze gebrochen werden oder offener Verfassungsbruch propagiert wird. Zivilgesellschaftliche Blick-

richtungen können und sollten die Rolle des Staates hinterfragen. Gerade die »paradoxe Aufgabe des nicht-institutionalisierbaren Misstrauens gegen sich selbst«¹ und die Kritikfähigkeit sind es, die einen demokratischen Rechtsstaat von autoritären Ausprägungen unterscheiden. Kritik ist dabei keine Anklage, sondern ein Motor für dessen Weiterentwicklung.

Betonen möchten wir, dass es in Sachsen ein in den letzten 15 Jahren gewachsenes Netzwerk zivilgesellschaftlicher und menschenrechtsorientierter Zusammenschlüsse und Gruppen gibt. Gerade die flächendeckende Solidarität, auch in der sächsischen Bevölkerung, angesichts der Aufnahme von Geflüchteten in den letzten Monaten ist überwältigend. In Orten wie Chemnitz-Einsiedel, Bautzen, Meißen, Freital und Heidenau gibt es zahlreiche Helfer_innen, Einzelpersonen und Bündnisse, die den Geflüchteten Unterstützung zukommen lassen, ihnen zuhören und den Versuch unternehmen, sie in das Leben vor Ort einzubinden. Dieser Arbeit, die oft ehrenamtlich geleistet wird und in welcher mehr Engagement, Kraft und Ausdauer stecken als in den in dieser Publikation beschriebenen Zuständen, gilt es Anerkennung und Unterstützung zukommen zu lassen. Der Blick der nachfolgenden Ausführungen ist trotzdem ein defizitärer. Wir verstehen die Arbeit von Stiftungen und die des Kulturbüro Sachsen e.V. u.a. als Beitrag zur zielgerichteten, zivilgesellschaftlichen Arbeit. Dabei versuchen wir mit dieser Analyse und genaueren Betrachtung der Problemlagen einen Beitrag zur Bearbeitung der Phänomene, die uns begegnen, zu leisten.

1) Habermas (1983): S. 38.

NEONAZISTISCHE STRUKTUREN IN SACHSEN IM WANDEL

NIEDERGANG DER NPD IN SACHSEN

Die neonazistischen Strukturen in Sachsen befinden sich seit einigen Jahren in einem Prozess der Neuorientierung. Seit der Jahrtausendwende bis etwa zu Beginn der zweiten Legislaturperiode der neonazistischen NPD im Sächsischen Landtag, stellte diese Partei die wichtigste extrem rechte Struktur im Bundesland dar. Die parteiunabhängige Neonazi-Szene war zwar ebenfalls den gesamten Zeitraum über existent, aber meistens sehr eng mit der NPD verwoben. Gleichzeitig übte man sich auch in der Abgrenzung zur Partei, was eine gewisse Ambivalenz offenbarte. Das Verhältnis der parteiunabhängigen Szene zur NPD war in Sachsen in den letzten Jahren auch ein überwiegend instrumentelles. Die Partei wurde genutzt, wenn ihre Strukturen Geld und Schutz vor staatlichem Zugriff boten. Gleichzeitig wurde versucht, durch Kandidaturen für lokalpolitische Mandate Politik vor Ort mitzubestimmen. Die NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag entwickelte sich zudem zur bundesweit wichtigsten Infrastruktur und Kaderschmiede der Neonazis. Vielen organisierten Nazis war die Partei jedoch zu bürgerlich.

Die Phase der Neuorientierung ist noch nicht abgeschlossen. Momentan gibt es noch eine Reihe von Mandatsträger_innen, welche für die NPD in Stadt- und Gemeinderäten und/oder Kreistagen sitzen. Darüber hinaus sind die Jungen Nationaldemokraten (JN) in einigen Regionen durchaus handlungsfähig. Es ist nicht auszuschließen, dass die Partei zukünftig wieder an Bedeutung gewinnt. In der neonazistischen Parteienlandschaft sind es momentan aber vor allem die Parteien **Die Rechte** und **Der III. Weg**, die neue Anhängerschaften um sich scharen. Die NPD verlor damit ihre Vormachtstellung in der extrem rechten Szene in Sachsen erst einmal. Viele ihrer ehemaligen Mitglieder und Funktionär_innen vermeiden heute eine Zusammenarbeit mit der NPD. Zugleich versucht die Partei zu retten, was zu retten ist und bemüht sich, mit eigenen Kampagnen wieder mehr Einfluss zu gewinnen - bisher jedoch ohne Erfolg.



NPD-Landeschef Jens Baur (2. v.l. am Transparent) beim Neonazi-Aufmarsch anlässlich der Bombardierung Dresdens im Zweiten Weltkrieg am 13. Februar 2015.; Foto: Kulturbüro Sachsen e.V.

DIE PARTEI DER III. WEG IN SACHSEN

Im Südwesten des Freistaates wurden im vergangenen Jahr verstärkt Aktivitäten der Partei **Der III. Weg** registriert. **Der III. Weg** ging aus NPD und Strukturen der **Freien Kräfte**, insbesondere des fränkischen **Freien Netz Süd**, dessen Konzepte kopiert und weitergetragen werden, hervor.

Die Partei versteht sich als nationalrevolutionär und knüpft mit dem völkischen Antikapitalismus und »deutschen Sozialismus« an Konzepte der »konservativen Revolution« der 20er und 30er Jahre des 20. Jahrhunderts an. Ihre Auftritte sind im Vergleich zu Aktionen und Demonstrationen der NPD deutlich aggressiver. Bei einer Demonstration der Partei **Der III. Weg** am 01. Mai 2016 in Plauen traten Demonstrationsteilnehmer_innen teilweise verummmt auf. Gefordert wurde auf den Transparenten und in den Redebeiträgen ein »nationaler Sozialismus«. Es gab mehrere gezielte gewalttätige Aktionen gegen Gegendemonstrant_innen, bei denen mindestens eine Person verletzt wurde.

Vor allem im sächsischen Vogtland und im Erzgebirge banden sich ehemalige Zusammenhänge des »freien Netzes« an die neue Partei. Daneben ist eine enge Zusammenarbeit mit thüringischen organisierten Nazi-Gruppen festzustellen.

Eine wichtige Rolle spielen die Strukturen der Partei insbesondere bei der Organisation von Protesten gegen Unterkünfte von Asylbewerber_innen. Der von ihr herausgegebene Leitfaden »KEIN ASYLANTENHEIM IN MEINER NACHBARSCHAFT! Wie be- bzw. verhindere ich die Errichtung eines Asylantenheims in meiner Nachbarschaft« kursiert als Anleitung für die Organisation rassistischer Proteste im Netz und wurde an verschiedenen Stellen in Sachsen auch umgesetzt. Detailliert wird hier beschrieben, wie sich Akteur_innen in den lokalen Diskurs einbringen sollen und auf verschiedenen Ebenen - zum Beispiel durch die Gründung von Bürger_inneninitiativen und Facebook-Seiten, durch Klagen und Anfechtung von Baugenehmigungen, durch die Verteilung von Flug-



Aufmarsch der Partei »Der III. Weg« am 01. Mai 2016 im sächsischen Plauen; Foto: Johannes Grunert

blättern und das Anmelden von Kundgebungen - eine rassistische Grundstimmung schüren und für ihre eigene Akzeptanz nutzen können.

Im Vogtland und im Erzgebirge nahmen Akteur_innen der Partei an Kundgebungen gegen die Aufnahme von Geflüchteten teil. Auch in Mittelsachsen wurden im vergangenen Jahr Strukturen der Partei **Der III. Weg** aktiv. Die Partei selbst spricht von verschiedenen »Stützpunkten« in Mittelsachsen/ Erzgebirge sowie in der Region Halle/Leipzig. Wie die Partei **Die Rechte**, befindet sich **Der III. Weg** in Sachsen derzeit noch im Aufbau.

DIE PARTEI DIE RECHTE IN SACHSEN

Die Partei **Die Rechte** ist eine Gründung des seit vielen Jahren aktiven Hamburger Neonazis Christian Worch. Die Partei hat ihren bundesweiten Schwerpunkt bisher vor allem in Nordrhein-Westfalen, insbesondere in der Stadt Dortmund. Sowohl in Leipzig, als auch im Landkreis Leipzig bildete sich ein Kreisverband der Partei **Die Rechte** heraus. Das ehemalige NPD-Mitglied Alexander Kurth ist hier einer der aktiven Kader. Enge Verbindungen pflegen die Leipziger Vertreter_innen der Partei zu den Landesverbänden in Thüringen und Sachsen-Anhalt. Außerdem gab es im Jahr 2015 gute Kontakte zu dem ehemaligen **Legida**-Aktivisten und späteren Organisator der **Offensive für Deutschland** Sylvio Rößler. So trat man gemeinsam bei verschiedenen Demonstrationen auf, beispielsweise am 26. September und 12. Dezember 2015.

Ein weiterer Kreisverband gründete sich in Ostsachsen, dessen Kader aus Bautzen, Görlitz, Bischofswerda und Oppach kommt. Dessen wichtigste Protagonistin war Daniela Stamm. Im September 2014 zog sie für die **NPD** in den Stadtrat von Bautzen ein. Kurze Zeit danach verließ Stamm die **NPD**, wechselte zur Partei **Die Rechte** und avancierte zu deren Kreisvorsitzender. Damit hatte sie das einzige Mandat für **Die Rechte** in Deutschland inne. In den letzten Wochen zeichnet sich jedoch ab, dass sie vermutlich eigene Wege gehen wird.



Aufmarsch der Partei »Der III. Weg« am 01. Mai 2016 im sächsischen Plauen; Foto: Vivere - Leben für Vielfalt und Courage e.V.



Demonstration »Offensive für Deutschland« am 26.09.2015 in Leipzig; mittig am Transparent Alexander Kurth, Kreisverbandchef der Partei »Die Rechte«; Foto: Kulturbüro Sachsen e.V.

DIE NEUE »DIVERSITÄT« IM RECHTEN LAGER AM BEISPIEL BAUTZEN

Bautzen steht mit seiner Vielfalt an extrem rechten Zusammenhängen exemplarisch für das Wirken der Neonazi-Szene in Sachsen. Im Ort fanden seit Januar 2015 bis Mai 2016 mehr als zehn angemeldete extrem rechte Kundgebungen und Demonstrationen von unterschiedlichen Gruppen und Zusammenhängen statt.

Daniela Stamm meldete in den vergangenen Jahren in Bautzen zahlreiche asylfeindliche Demonstrationen an. Die letzte von ihr angemeldete Demonstration fand am 7. November 2015 statt. Etwa 200 Neonazis marschierten durch die Stadt. In einer für den 14. Mai 2016 angekündigten, später jedoch wieder abgesagten Demonstration unter dem Motto »Für unsere Kinder« tritt Stamm als Vertreterin von »**Dml**« e.V. auf. Es handelt sich um den in Greifswald im Vereinsregister eingetragenen Verein »**Deutschland muss leben**«. Dieser wurde in der Vergangenheit von Neonazis als Plattform für unterschiedliche Aktionsformen, wie z.B. Demonstrationen und Vorträge, genutzt.

In Bautzen existiert eine Vielzahl von verschiedenen Facebook-Gruppen, die teilweise auch mit Demonstrationen in der Stadt aktiv sind: »**Bautzen steht auf**« oder »**Bautzen bewegt sich**« sind Auftritte mit mehreren tausend Likes aus der gesamten Bundesrepublik. An Demonstrationen unter dem Motto »**Bautzen wehrt sich**« nahmen im Herbst 2015 bis zu 50 Menschen teil. »**Bautzen bleibt braun**« ist eine offene Facebook-Gruppe mit rund 120 Mitgliedern. Im Hintergrund der offenen Gruppe existiert eine geschlossene Gruppe, in der sich Neonazis scheinbar zu Aktionen verabreden. Des Weiteren agieren »**Pegida Bautzen**« (auch unter

Baugida) und »Wir sind Deutschland«. Darüber hinaus gibt es nach eigenen Angaben eine Ortsgruppe der extrem rechten **Identitären**-Bewegung in Bautzen. Die **Identitären** sind lose Gruppierungen, die völkischen Ideen einer homogenen europäischen Gesellschaft anhängen, welche angeblich vom Islam und einer Überfremdung bedroht sei.

Vertreter_innen der Bautzener Facebook-Gruppe »Wir sind Deutschland« veranstalten regelmäßig an Sonntagen in Bautzen Kundgebungen mit bis zu 40 Teilnehmer_innen. Mitglieder der Bautzener Facebook-Gruppe von »Wir sind Deutschland« sind u.a. die ehemalige Pegida-Mitbegründerin Kathrin Oertel und Nico Chawales, der in den letzten Monaten auf zahlreichen asylfeindlichen Demonstrationen und Kundgebungen im Großraum Dresden als Redner fungierte. Auf einem Blog des Hauptorganisators Veit G. werden in erster Linie verschwörungstheoretische Inhalte geteilt. Darüber hinaus findet sich in den Veröffentlichungen ein aggressiver Antiamerikanismus.

»Bautzen steht auf« führte am 26. März 2016 eine Kundgebung mit knapp 100 Teilnehmer_innen durch, bei welcher Alexander Kurth (Landesverband **Die Rechte** in Sachsen), David Köckert (ehemals Thüringer Landesvorstand der **NPD** und Mitinitiator von **Thügida**), Melanie Dittmer (ehemaliges Vorstandsmitglied der rechtspopulistischen Vereinigung **PRO NRW**) und Ester Seitz (Gründerin des Bündnis »Widerstand Ost/ West«) als Sprecher_innen auftraten. Im Mai 2016 benannte sich die Gruppe »Bautzen steht auf« um und nennt sich seitdem »DSD – Die Sachsen Demonstrationen«.

Bei Demonstrationen von Neonazis oder anderen Rassist_innen in Bautzen werden Gegendemonstrant_innen regelmäßig fotografiert und die Bilder auf Facebook veröffentlicht. Teilweise werden Portraitbilder der Gegendemonstrant_innen mit Namen bekannt gegeben.

Im Februar 2016 wurde eine geplante Asylunterkunft, das ehemalige Hotel »Husarenhof«, in Bautzen angezündet. Während des Feuers applaudierten einige Anwohner_innen und brachten ihre Freude über den Brand zum Ausdruck. Junge Männer aus Bautzen versuchten die Feuerwehr bei den Löscharbeiten zu behindern. Der Schaden an dem Haus ist so stark, dass es zukünftig nicht mehr bewohnbar ist. Es steht zu vermuten, dass die Aktivitäten der oben beschriebenen Gruppierungen hierfür maßgeblich das Feld bereiteten.

Die Zahl der Gruppen in Sachsen, die sich real und virtuell gegen die Aufnahme von Flüchtlingen aussprechen und oftmals auch gegen sie hetzen, ist kaum noch überschaubar. Eine hegemoniale neonazistische Struktur, die die unterschiedlichen Zusammenhänge zusammenführt, gibt es in Sachsen derzeit nicht.

DIE ASYLFEINDLICHEN PROTESTE IN SACHSEN

QUANTITÄT DER ASYLFEINDLICHEN PROTESTE IN SACHSEN

In keinem anderen Bundesland fanden 2015 so viele asylfeindliche Demonstrationen statt, wie in Sachsen. Laut parlamentarischer Anfragen der Oppositionsparteien im Sächsischen Landtag¹ wurden in Sachsen im letzten Jahr mindestens 595 Demonstrationen gegen die Asylpolitik registriert. Mehr als 200 von diesen wurden von organisierten Neonazis angemeldet oder organisiert. Weitere 250 Veranstaltungen fanden in unmittelbarer Nähe von Flüchtlingsunterkünften statt und waren von diversen asylfeindlichen Bürger_inneninitiativen angemeldet oder organisiert worden. Der überwiegende Teil dieser Proteste wurde von rassistischen Motiven getragen. Die regionalen Schwerpunkte waren bisher Dresden sowie die Landkreise Sächsische Schweiz-Ost-erzgebirge, Bautzen und Mittelsachsen. Unter den Bezeichnungen »→Ortsname← sagt nein zum Heim« oder »→Ortsname← wehrt sich« entstanden seit 2014 immer neue Facebook-Gruppen, die in einer großen Zahl direkt von Neonazis betrieben oder von diesen mitorganisiert wurden. Die Beratungsstellen für Betroffene rechter Gewalt der RAA Sachsen e.V. zählten 2015 in Sachsen mindestens 477 rechte Angriffe mit 654 Betroffenen. Davon waren mindestens 285 Taten rassistisch motiviert und 74 Angriffe gegen Asylunterkünfte.² In keinem anderen Bundesland fanden im Verhältnis zur Einwohnerzahl so viele rechte und rassistische Gewalttaten im letzten Jahr statt, wie in Sachsen.

QUALITÄT DER ASYLFEINDLICHEN PROTESTE IN SACHSEN

DAS BEISPIEL CHEMNITZ-EINSIEDEL

Im August 2015 wurden in Chemnitz-Einsiedel Nachrichten kolportiert, dass in der Anlage des ehemaligen DDR-Pionierlagers »Palmiro Togliatti« bis zu 2.000 Asylsuchende untergebracht werden sollten, obwohl die Anlage nur für 544 Personen zugelassen sei. Die Nachricht sorgte für Unmut in dem ländlich geprägten Stadtteil mit rund 3.500 Einwohner_innen. Bei einer Bürgerversammlung kam es zu tumultartigen Szenen. Eine Bürgerinitiative »Nein zum Erstaufnahmeheim« und eine Facebook-Gruppe »Einsiedel sagt NEIN zur EAE« wurden gegründet. Im September demonstrierten bis zu 1.400 Menschen in Chemnitz-Einsiedel gegen die Einrichtung der Asylunterkunft. Die verantwortliche Landesdirektion stellte fest, dass die Anlage außergewöhnlich gut

1) Vgl. u.a. Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Extrem rechtes und rassistisches »Protest«-Geschehen im Freistaat Sachsen seit dem 01. Januar 2014; Drs.-Nr.: 6/4060 und Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Asylfeindliche Gruppierungen in Sachsen; Drs.-Nr.: 6/2584.

2) Vgl. RAA Sachsen e.V.: Rechte und rassistische Gewalt in Sachsen 2015. Online: <https://raa-sachsen.de/index.php/statistik-detail/rechtsmotivierte-und-rassistische-gewalt-in-sachsen-2015.html>; gefunden am 06.05.2016.

für die Unterbringung von Familien mit Kindern geeignet sei, da aufgrund der Struktur mit einzelnen Gebäuden ein Mindestmaß an Privatsphäre und Komfort gewährleistet sei. Zudem wurde den Darstellungen widersprochen, wonach die Zahl von 544 unterzubringenden Personen überschritten werden könnte. Trotz diverser Richtigstellungen formierte sich weiterhin Widerstand gegen die Unterbringung von Asylsuchenden im Ort. Ein Anwohner, der gleichzeitig Chef des Sicherheitsdienstes »Argus« ist, reichte laut Zeitungsberichten Klage gegen die Einrichtung einer Asylunterkunft ein. Er und andere Anwohner_innen forchten gemeinsam die erteilte Baugenehmigung an. Zum einen wurden Mängel beim Brandschutz aufgeführt. Zum anderen erwartete man »durch ausgetragene Konflikte der Flüchtlinge im Freien« eine erhöhte Lärmbelästigung, die in einem Wohngebiet unzumutbar erscheine. Das Verwaltungsgericht Chemnitz sah in einem Eilverfahren jedoch keine Gründe, um die erteilte Baugenehmigung auszusetzen oder aufzuheben. An weiteren Demonstrationen nahmen bis zu 1.500 Menschen teil. Der Mittwochabend entwickelte sich zum regelmäßig wiederkehrenden Demonstrationstag in dem kleinen Chemnitzer Vorort. Die Organisator_innen der Demonstrationen forderten die Demonstrant_innen auf, keine Parolen zu rufen oder Transparente zu tragen. Zudem erschienen viele der Teilnehmer_innen mit Kindern und trugen Fackeln oder Kerzen bei ihren Aufzügen. An der Zufahrtsstraße zur geplanten Asylunterkunft wurde ein Plastikpavillon aufgebaut, der als sogenannter Infostand über mehrere Wochen hinweg rund um die Uhr mit Asylgegner_innen besetzt war. Zeitweise befand sich der Kundgebungsort direkt am Straßenrand, so dass die Organisator_innen den gesamten Verkehr und sämtliche Bewegungen zum ehemaligen Pionierlager überwachten. Zum Teil wurden Passierende fotografiert und aufgefordert, anzugeben, wohin sie ihr Weg führen würde. Der Infostand fungierte zeitweise als Kontrollpunkt, an welchem die Asylgegner_innen quasi hoheitliche Aufgaben des Staates übernahmen.

Auf Grund des Einwirkens der städtischen Versammlungsbehörde wurde der Infostand Ende des Jahres 2015 auf ein Privatgelände verlegt. Als am 05. Januar 2016 die ersten 40 Geflüchteten zur Unterkunft gebracht werden sollten, versperrten Demonstrant_innen den Weg und empfingen die Männer, Frauen und Kinder mit ablehnenden Transparenten und Sprechchören. Die Polizei räumte die Blockade, nachdem sie trotz mehrmaliger Aufforderung den Weg nicht freigeben wollte. Darüber hinaus nahm die Polizei die Ereignisse zum Anlass, die Ankunft weiterer Asylsuchender mit einem massiven Aufgebot abzusichern, um die Gesundheit der Ankommenden zu schützen. Die wöchentlichen Demonstrationen in Chemnitz-Einsiedel wurden derweil fortgesetzt und weiterhin von mehreren hundert Teilnehmer_innen besucht. Bei öffentlichen Veranstaltungen zum Thema Asyl in der Region waren die Organisator_innen der Proteste stets anwesend und beschwerten sich über die angebliche »zwangsweise Gewaltintegration von Millionen andersgläubigen Menschen in einem christlich geprägten Land.« Im Februar zogen verummte Neonazis im Stil des rassistischen **Ku-Klux-Klans** mit bengalischen Feuern vor der Unterkunft auf und zündeten Böller. Der sogenannte Infostand der Asylgegner zog um in die Nähe der Asylunterkunft. In der Nacht zum

20. April 2016, dem Hitlergeburtstag, warfen Unbekannte Brandsätze auf die Unterkunft. Das Feuer konnte vom Wachpersonal gelöscht werden. An einer Bürgerversammlung im Mai durften nur direkte Anwohner_innen teilnehmen, was während der Veranstaltung zu weniger aggressiven Diskussionen als in der Vergangenheit führte. Der kräftige Applaus bei der Forderung, dass Flüchtlingen generell der Zutritt zum Freibad in Einsiedel verboten werden solle, zeigt jedoch, dass die Atmosphäre nach wie vor überaus feindlich ist. Vergleicht man die Vorgehensweise der Organisator_innen der Anti-Asyl-Proteste in Chemnitz-Einsiedel mit dem Leitfaden **»KEIN ASYLANTENHEIM IN MEINER NACHBARSCHAFT! Wie be- bzw. verhindere ich die Errichtung eines Asylantenheims in meiner Nachbarschaft«** der Neonazi-Partei **Der III. Weg**, dann lassen sich zahlreiche Übereinstimmungen finden.



Ein Aktivist der Bürgerinitiative »Einsiedel sagt NEIN zur EAE« mit einer Mütze in den Farben des deutschen Reiches am 06.02.2016 beim Europa-Aktionstag von Pegida in Dresden.; Foto: Kulturbüro Sachsen e.V.

Von Beginn an ist bei den asylfeindlichen Protesten in Chemnitz-Einsiedel ein hoher Vernetzungsgrad in unterschiedliche gesellschaftliche Richtungen erkennbar. Bereits Anfang Oktober 2015 berichtete der bundesweit bekannte neu-rechte Ideologiejournalist Jürgen Elsässer in Bezug auf diese Proteste: »Ab jetzt wachen die Bürger auf. Endlich! Der Funke fliegt«. Es ist von einer »unkontrollierten Invasion«, vom »Merkel-Regime«, »Volksbetrug« und »Volksaustausch« die Rede. Chemnitz-Einsiedel wird damit bereits im Herbst 2015 zum Symbol für den Protest gegen die politischen Verhältnisse als solche.

Eine wichtige Rolle bei den Protesten vor Ort spielte zudem Sven M., der sich mit der völkischen Initiative »**Heimat und Tradition Chemnitz/Erzgebirge**« von **Pegida-Chemnitz-Erzgebirge** abgespalten hatte. Immer wieder nahm er eine führende Funktion bei den Protesten vor Ort ein. Vernetzungen bestehen darüber hinaus zu anderen asylfeindlichen Gruppen, beispielsweise ins Erzgebirge und Vogtland sowie nach Dresden. Im Stadtteil selbst sind die Proteste in Teilen des Ortschaftsrates verankert. Mindestens ein Ortschaftsrats-Mitglied unterstützte die Proteste durch regelmäßige Teilnahme oder die Beschreibung der Aktivitäten in Sozialen Medien oder auf eigenen Internetpräsenzen. Darüber hinaus stellten Gewerbetreibende Fahrzeuge zur Verfügung, die beim Umzug des Infostandes gebraucht wurden. Von Beginn an nahmen an den Demonstrationen in Chemnitz-Einsiedel auch organisierte Neonazis aus ganz Sachsen teil. Auch Protagonist_innen der extrem rechten **Identitären** Bewegung, wie z.B. Tony G. sind zugegen. G. wird in unterschiedlichen Medienberichten vorgeworfen, dass er zum engen persönlichen und politischen Umfeld des mutmaßlichen **NSU**-Helfers Andre E. zählt, der sich derzeit im Münchner **NSU**-Prozess verantworten muss. Immer wieder nahmen auch Akteur_innen der neonazistischen Partei **Der III. Weg** an den Aufmärschen in Chemnitz-Einsiedel teil. Mobilisiert wird auch über die Medien von **Pro Chemnitz**, der Vereinigung des rechtspopulistischen Stadtrats Martin Kohlmann. Einer seiner Mitstreiter, Lars F., trat wiederkehrend bei den Kundgebungen auf, um beispielsweise seine »Erhebungen« zu Fluchtmotiven auf einer Reise durch Bayern zu präsentieren. Die klare Botschaft des Mannes, der Medienberichten zufolge auch persönlichen Kontakt zu **NSU**-Täter_innen gehabt haben soll, besteht in der grundsätzlichen Delegitimierung von Fluchtmotiven. Des Öfteren ist Nico Köhler vom **CDU**-Kreisverband Chemnitz am Infostand und auf den Einsiedel-Demonstrationen im Gespräch mit den Organisator_innen gewesen. In einem Interview sagte er, dass er dort eine »gigantische Solidarität« erlebe. Die Organisator_innen der asylfeindlichen Proteste in Chemnitz-Einsiedel betonten in Reden auf ihren Veranstaltungen immer wieder, es gehe ihnen nicht nur um ihren Ort, sondern »um die Asylpolitik im Großen und Ganzen«. In Presseinterviews gaben sie sich hingegen in Mimikry der besorgten Anwohner_innen, die gegen ein von außen auferlegtes Unrecht friedlichen demokratischen Protest üben. Zu den Verstrickungen einiger ihrer Protagonist_innen mit der organisierten Neonazi-Szene äußerten sie sich jedoch nicht.

Götz Kubitschek, Publizist und einer der bundesweit wichtigsten neu-rechten Vordenker, machte Chemnitz-Einsiedel zu einem Musterbeispiel für seine Idee einer rechten Graswurzelbewegung. Zusammen mit anderen rechten Intellektuellen, u.a. dem bereits erwähnten Jürgen Elsässer, gründete er das Netzwerk »**Ein Prozent**«. Die Idee ist, dass ein Prozent der deutschen Bevölkerung ausreicht, um mit aktiver Teilnahme an politischen Aktionen und der Verbreitung von neu-rechter Propaganda dafür zu sorgen, dass sich die Gesellschaft in ihrem Sinne verändert. Im Stil der Propaganda-Filme der inzwischen verbotenen Neonazi-Gruppe »**Spreelichter**« aus Südbrandenburg wurden mehrere Kurzfilme über den Protest in Chemnitz-Einsiedel produziert und im Internet verbreitet. Die Nähe zu »**Spreelichter**« kommt nicht von ungefähr: Ende 2015 beteiligten sich Protagonist_innen der Anti-Asyl-Proteste in Einsiedel an einer asylfeindlichen Kundgebung im brandenburgischen Lübben, die vom Verein »**Zukunft Heimat**« organisiert worden war. In verschiedenen Rollen waren dort Ex-Mitglieder der verbotenen Neonazi-Gruppe »**Spreelichter**« involviert.

Das Beispiel Chemnitz-Einsiedel zeigt, welche Relevanz die asylfeindlichen Stimmungen für die organisierte rechte Szene haben. Im Frühjahr 2015 sprach Götz Kubitschek auf einer Veranstaltung in Dresden davon, dass **Pegida** als Ausgangspunkt anzusehen sei, der den eigenen Resonanzraum, den er als »politische Kampfzone« versteht, erweitere. Es gehe letztlich darum, »von unten«, den »Widerstand gegen eine von oben aufgelegte Ordnung« zu führen. Laut Kubitschek komme es darauf an, die Formen dieses Widerstandes zu variieren und langfristige Strukturen für diesen Widerstand zu schaffen. »Der Zorn«, so Kubitschek, »muss nach innen gerichtet werden.« Es geht ihm darum, auf diesem Weg eine Systemkritik zu formen, die sich entweder reformerisch oder revolutionär Geltung verschafft.

Schlussfolgern lässt sich daraus, dass es den Vordenkern dieser Bewegung um die Überwindung der derzeitigen demokratischen Ordnung und die Schaffung einer neuen politischen Ordnung nach ihren Vorstellungen geht. Proteste wie in Chemnitz-Einsiedel und anderswo dienen ihnen dabei als praktische Basis zur Erreichung ihrer Ziele.

VON FREITAL ÜBER MEISSEN NACH DRESDEN UND HEIDENAU – SCHWERPUNKTE DER NEONAZI-GEWALT IM LETZTEN JAHR IN SACHSEN

Um die Abläufe einiger Schwerpunkte der Neonazi-Gewalt in Sachsen seit dem Erscheinen der letzten Ausgabe von »Sachsen rechts unten« im Frühsommer 2015 besser nachvollziehen zu können, werden einige dieser Ereignisse im folgenden Kapitel detailliert beschrieben. Es wird dabei sichtbar, dass die Gesellschaft es in den exemplarischen Fällen mit gezielter rassistischer Gewalt zu tun hat, die von organisierten Neonazi- und Hooligan-Netzwerken ausgeübt wird. Diese sind überwiegend nicht in Parteien oder Kameradschaften organisiert, sondern bestehen als soziale und freundschaftliche Netzwerke, die leicht mobilisierbar und in sich stark geschlossen sind. Neben den politischen Aktivitäten kennen und begegnen sich ihre Mitglieder bei Fußballspielen, gemeinsamen Diskotheken- oder Kneipenbesuchen oder auf **Pegida**-Demonstrationen. Die Darstellung der Beispiele in ihren detaillierten Abläufen macht eine Betrachtung der Ereignisse und die damit einhergehenden Dynamiken aus einer zivilgesellschaftlichen Sicht deutlich.

FREITAL

Bereits zur Jahreswende 2014/15 wurde in der Öffentlichkeit bekannt, dass im ehemaligen »Hotel Leonardo« in Freital eine Unterkunft für Geflüchtete eingerichtet werden soll. In Folge dessen gründete sich die Initiative »**Freital wehrt sich – Nein zum Hotelheim**«. Als deren Protagonist trat der zuvor noch nicht öffentlich in extrem rechten Zusammenhängen aufgetretene René Seyfried auf. Nach eigener Aussage in einem Presseinterview wurden Seyfried und sein soziales Umfeld durch die Dresdner **Pegida**-Demonstrationen ab Ende 2014 politisiert. An den ersten von der Initiative veranstalteten Demonstrationen im März 2015 nahmen bis zu 1.500 Asylgegner_innen teil. In diesem Zeitraum konnte **Pegida** im nahegelegenen Dresden fast wöchentlich fünfstellige Teilnehmerzahlen mobilisieren. Bereits beim ersten Aufmarsch versuchte eine Gruppe von ca. 130 Asylgegner_innen im Anschluss an die Demonstration in aggressiver Weise zur Asylunterkunft zu gelangen, konnte jedoch von der Polizei aufgehalten werden. Eine geplante Dialogveranstaltung eines CDU-Bundestagsabgeordneten zum Thema Asyl in Sachsen im März musste wegen massiver Sicherheitsbedenken

der Polizei abgesagt werden. In den Monaten März bis Mai fanden wöchentlich Demonstrationen und Kundgebungen der Asylgegner_innen statt, wenngleich die Anzahl der Teilnehmer_innen von zunächst mehr als 1.000 auf 100 Menschen zurückging. An mindestens einer Veranstaltung nahm auch **Pegida**-Gründer Lutz Bachmann teil. Im Frühjahr 2015 gründete sich darüber hinaus in Freital eine rechte Bürgerwehr mit dem Namen »**Bürgerwehr FTL 360**«. In diesem Zeitraum stieg auch die Anzahl an rechten Gewalttaten in Freital merklich an. Im gesamten Jahr 2015 wurden durch die Beratungsstelle für Betroffene rechter Gewalt der RAA Sachsen e.V. über 30 rechte Gewaltstraftaten im Ort registriert, u. a. versuchte Brandstiftung – ein Molotov-Cocktail wurde auf die Geflüchtetenunterkunft geworfen –, mehrere schwere Körperverletzungen, Angriffe mit Pyrotechnik auf die Asylunterkunft, ein Sprengstoffanschlag auf das Auto eines Asylbefürworters und Mitglied des Stadtrates der Partei Die LINKE und der Angriff eines Asylgegners, der mit einer Axt in das Heim für Geflüchtete rannte und dort vom Sicherheitspersonal überwältigt werden musste.

Überregionale Bekanntheit erlangte Freital durch die tägliche Belagerung der Asylunterkunft durch Neonazis und Anwohner_innen. Nachdem im Juni 2015 bekannt geworden war, dass weitere 200 Asylsuchende in dem ehemaligen »Hotel Leonardo« untergebracht werden sollen und es auch als Außenstelle einer Erstaufnahmeeinrichtung genutzt werde, entwickelten die rassistischen Proteste eine neue Dynamik. Zwischen dem 21. und 28. Juni 2015 versammelten sich täglich bis zu 200 Asylgegner_innen in unmittelbarer Nähe des ehemaligen »Hotel Leonardo« und grölten rassistische Parolen. Laut Zeugenberichten nahm zeitweise auch Lutz Bachmann an diesen Zusammenrottungen teil. Polizei und politische Verantwortliche griffen anfangs nicht ein. Asylsuchende berichteten über Beleidigungen, Einschüchterungen und Angriffe. Erst nach der Intervention antifaschistischer und antirassistischer Gruppen kam es zu einem sichtbaren Handeln der staatlichen Ordnungsbehörden. Polizeiliches Handeln sowie die Einrichtung und Durchsetzung von Kontrollbereichen, sorgten für ein Nachlassen der rassistischen Zusam-

menrottungen in direkter Nähe der Asylunterkunft. Am Rande einer antifaschistischen Demonstration am 31. Juli in Freital versuchten Freitaler und Dresdner Neonazis gemeinsam mit rechten Hooligans und Neonazis aus Thüringen, deren Teilnehmer_innen anzugreifen. In dem Mob der Angreifer befanden sich auch verurteilte rechte Gewalttäter aus Dresden und Protagonist_innen der **Freien Kameradschaft Dresden**, die später auch bei rechten Ausschreitungen in Dresden-Friedrichstadt und Heidenau wieder auftauchten. Interessant ist ebenso, dass Jens L., der dem engeren Umfeld der **Pegida**-Organisator_innen zuzuordnen ist, sich an diesem Tag in der Gruppe der gewalttätigen Neonazis bewegte.

Seit April 2016 ermittelt die Generalbundesanwaltschaft in Bezug auf die »**Bürgerwehr FTL 360**« wegen des dringenden Tatverdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung. Einige der Protagonist_innen befinden sich in Haft.



Jens L. (mittig) als Teilnehmer des Europa-Aktionstages von Pegida am 06.02.2016 in Dresden.; Foto: Kulturbüro Sachsen e.V.

MEISSEN

In Meißen existierten in den letzten Jahren dauerhaft neonazistische und andere extrem rechte Gruppen und Zusammenhänge. Beispielsweise hier der über Jahre hinweg sehr agile Kreisverband der **NPD** um den damaligen **NPD**-Landtagsabgeordneten Matthias Paul, später unter Jürgen Gansel, oder die Aktivitäten der **Reichsbürger**³ in der Region zu nennen. Außerdem nehmen zahlreiche Menschen aus der Region an den Aufmärschen von **Pegida** teil oder organisieren diese mit. Im Februar 2015 sorgte der Meißner Landrat Arndt Steinbach (**CDU**) für einen medialen Skandal, als er in einer Diskussionsrunde, an welcher auch regionale **NPD**-Funktionär_innen teilnahmen, den Vorschlag unterbreitete, dass man die Justizvollzugsanstalt im nahe gelegenen Zeithain zukünftig als Asylunterkunft nutzen könne. Viele behaupteten, Steinbach feue die rassistische Stimmung gegen Asylsuchende in der Region damit zusätzlich an. Menschen, die sich öffentlich für Asylsuchende einsetzten oder die Unterstützung unterstützten, waren in Meißen in der ersten Jahreshälfte 2015 Einschüchterungen und Bedrohungen durch Rassist_innen ausgesetzt. Im Frühjahr 2015 gründete sich die Meißner **Initiative Heimatschutz (IHS)**, die als extrem rechter Zusammenschluss Propaganda-Aktionen und Demonstrationen gegen die Aufnahme von Asylsuchenden veranstaltete. In Facebook-Kommentaren bezeichneten die Initiator_innen der Initiative Geflüchtete als »Affen« und kommentierten Berichte über Asylsuchende mit der Überschrift »Raus mit dem Dreck!«. Am Abend des Sonnabends, dem 27. Juni 2015, versammelten sich rund zwei Dutzend Anhänger_innen der **Initiative Heimatschutz** in Meißen, um gegen die Asylpolitik zu demonstrieren. Über

3) Die Reichsbürgerbewegung besteht aus mehreren losen, sektenartigen Gruppen von Verschwörungstheoretiker_innen und Neonazis, die die bedingungslose Kapitulation des deutschen Reiches nicht anerkennen und die Existenz der Bundesrepublik Deutschland als unabhängigen Staat leugnen.

der Elbe entrollten die Teilnehmer_innen ein Transparent mit der Aufschrift »Schweigen heißt Zustimmung! Es ist unser Land!«. Kurz nach Mitternacht machten sich Eric P. (38) und der Familienvater Daniel Z. (41) im Anschluss an eine private Grillfeier auf den Weg, um eine geplante Asylunterkunft im Ort anzuzünden. Sie vermummten sich und füllten ein Benzin-Öl-Gemisch in eine Flasche. Nachdem sie sich gewaltsam Zutritt zum Haus verschafft hatten, versuchten sie an zwei Stellen Feuer zu legen, was an einer Stelle gelang. Während die Feuerwehr den Brand löschte und ein Übergreifen der Flammen auf bewohnte Nachbarhäuser verhinderte, filmten sich die Täter mit dem Feuer im Hintergrund und grölten: »Einer geht noch! Ein Asylant geht noch rein!« Zwei Monate nach dem Brandanschlag drangen die gleichen Täter erneut in das Haus ein und versuchten es durch das Aufdrehen der Wasserhähne unter Wasser zu setzen, was wegen einer Sicherung der Wasserleitung misslang. Im Dezember 2015 wurden Eric P. und Daniel Z. nach Hausdurchsuchungen verhaftet und im April 2016 zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Beide waren laut bisherigem Kenntnisstand nicht in der organisierten Neonazi-Szene aktiv. Vor Gericht gaben sie an, dass sie der **Pegida**-Bewegung nahe stünden. Laut Zeit-Online ist einer der Angeklagten mit einem Aktivisten der **Initiative Heimatschutz** befreundet. Diese schaffte es 2015, bis zu 500 Menschen zu Demonstrationen gegen die Asylpolitik zu mobilisieren. Laut Medienberichten bestehen Beziehungen der Initiative zur rechtspopulistischen Partei **Alternative für Deutschland (AfD)**. Offensichtlich wurden die Täter von Meißen durch die asylfeindlichen Stimmungen zu ihrem Anschlag motiviert.

BREMER STRASSE IN DRESDEN

In Dresden gab es im Laufe des Jahres 2015 eine ganze Reihe von rechtsmotivierten Übergriffen. Darunter befanden sich zahlreiche Körperverletzungen, mehrere Brandanschläge sowie Attacken mit Pyro-Technik, Buttersäure oder Steinen gegen nicht-rechte Menschen oder gegen Menschen, die nicht-deutsch sind oder als nicht-deutsch wahrgenommen werden. Der Schwerpunkt liegt im Folgenden auf den Ereignissen während und kurz nach der Einrichtung einer Erstaufnahmeeinrichtung für Geflüchtete auf der Bremer Straße in Dresden-Friedrichstadt im Juli 2015. Ab dem 22. Juli 2015 wurde auf einer Brachfläche durch das DRK ein Zeltlager errichtet, um dieses vorübergehend als Unterkunft zu nutzen. Bereits am 22. und 23. Juli wurden DRK-Mitarbeiter_innen beim Aufbau der Zelte von Neonazis beleidigt, bedrängt und teilweise angegriffen. Für den 24. Juli rief der örtliche **NPD**-Kreisverband zu einer Kundgebung unter dem Motto »Nein zur Asylbewerber-Zeltstadt« auf. Teilgenommen hatten an der angemeldeten Kundgebung in unmittelbarer Nähe direkt vor der Erstaufnahmeeinrichtung circa 180 Personen. Diesen standen auf der gegenüberliegenden Seite einer Straße ca. 250 Gegendemonstrant_innen vor der Einfahrt zur Erstaufnahmeeinrichtung gegenüber. Die Polizei war an diesem Tag insgesamt mit einer Hundertschaft im Einsatz. Die asylfeindliche Demonstration und die Gegendemonstration wurden lediglich durch ca. 25 Polizist_innen, die zwischen den beiden Lagern auf der Straße standen, getrennt. Nach dem offiziellen Abschluss der **NPD**-Kundgebung flogen Böller und Flaschen auf die Gegendemonstration.

Dutzende Neonazis versuchten über die Straße zu gelangen und auf die Gegendemonstrant_innen loszugehen. Die Polizei bekam die Situation nur unter großer Mühe unter Kontrolle. Erst nach einigen Minuten entspannte sich die Situation wieder. In der Gruppe der Neonazis befanden sich Maik M., langjähriger Anmelder der Neonazi-Aufmärsche zum 13. Februar in Dresden, Sebastian R., langjähriger Aktivist der **Freien Kräfte** Dresden oder Christian L., mehrfach verurteilter rechter Gewaltstraftäter. Eine große Gruppe machten junge Männer aus, die den rechten Hooligan-Gruppierungen der Region, z.B. der ehemaligen Gruppierung »**Faust des Ostens**«, ihrem Umfeld und anderen Gruppen dieser Art zuzurechnen sind. Außerdem waren Aktivist_innen der **Freien Kameradschaft Dresden** und anderer kleinerer Neonazi-Zusammenhänge aus Dresden und Freital beteiligt. Diese Personenzusammenhänge waren wenige Wochen später in gleicher Konstellation auch in Heidenau wieder vor Ort. Mindestens drei Gegendemonstrant_innen wurden auf der Bremer Straße in Dresden verletzt und mussten im Krankenhaus mit Platzwunden und Prellungen behandelt werden. An den direkt darauffolgenden Tagen wurden im Umfeld des Zeltlagers immer wieder Neonazi-Gruppen gesichtet. Darüber hinaus kam es zu mindestens drei registrierten Übergriffen von Neonazis auf Helfer_innen des Zeltlagers, die sich auf dem Nachhauseweg befanden. Im Laufe des Augusts 2015 beruhigte sich die Situation rund um das Zeltlager, da an zahlreichen anderen Orten in Dresden und im Umland neue Asylunterkünfte eingerichtet worden waren, die Anlass für rassistische Proteste und Übergriffe von Neonazis boten.

HEIDENAU

Im Jahr 2015 gründete sich die Facebook-Gruppe »Heidenau hört zu« (HHZ), die vermutlich vom näheren Umfeld von Rico Rentzsch betrieben wird und zu Demonstrationen mobilisierte. Rentzsch ist seit vielen Jahren als Neonazi in der Region aktiv und war bis Herbst 2015 Stadtrat der NPD in Heidenau. Andere rassistische Gruppen waren darüber hinaus »Heidenau Asylfrei« und »Heidenau zeigt wie's geht«. Alle diese Gruppen orientierten sich zu Beginn am Dresdner Pegida-Beispiel, aber positionierten sich sehr schnell neonazistisch. In der zweiten Augushälfte 2015 kam es in Heidenau zu mehrtägigen rechten Ausschreitungen vor einer Unterkunft für Geflüchtete. Am Mittwoch, dem 19. August, führte die NPD eine asylfeindliche Kundgebung mit etwa 300 Teilnehmer_innen durch, am Donnerstag, dem 20. August, fand eine weitere mit rund 600 Teilnehmer_innen statt. Es wurde rassistisch gegen Asylsuchende gehetzt, aber beide Kundgebungen blieben friedlich. Am Freitag, dem 21. August, fand neben einer Kundgebung auch eine Demonstration statt, an welcher etwas mehr als 1.000 Menschen teilnahmen. Diese führte direkt am Haus des Bürgermeisters von Heidenau vorbei, der auf Grund seiner klaren Haltung zum Thema Asyl in der Vergangenheit bereits mehrfach von Neonazis bedroht worden war. Die Stimmung war aufgeheizt und laut Medienberichten soll indirekt zu Blockaden gegen die Unterbringung von Asylsuchenden in einem ehemaligen Praktiker-Baumarkt in Heidenau aufgerufen worden sein. Um 19:30 Uhr wurde die Demonstration beendet. Im direkten Anschluss ab 20:15 Uhr kam es zu einer kleineren Blockade von ca. 30-40 Menschen auf der Straße vor der Asylunterkunft. Allmählich sammelten sich dort bis zu 600 Menschen. Die Polizei verhielt sich zu Beginn zurückhaltend. Erst als diese gegen 22:00 Uhr versuchte, die Blockade sowie die unangemeldete Zusammenrottung aufzulösen, wurde sie aus der Menge heraus mit Flaschen, Pyro-Technik und Böllern beworfen. Es kam zu Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und den rechten Demonstrant_innen. Neonazis versuchten mit Baustellenmaterial Blockaden auf der

Straße zu errichten und bewarfen die Polizei. Erst nach mehreren Stunden hatte die Polizei die Situation unter Kontrolle. Ab 2:00 Uhr nachts konnten die Geflüchteten in Bussen unter Polizeischutz die Unterkunft erreichen. Laut Angaben des Sächsischen Innenministeriums waren 136 Polizist_innen im Einsatz, von denen 36 bei dem Einsatz verletzt worden waren. Es wurden keine Personalien der rechten Störer_innen aufgenommen und keine Personen verhaftet. In sozialen Netzwerken im Internet kündigten Neonazis und rechte Hooligans an, dass sie sich am Samstag, dem 22. August, erneut vor dem ehemaligen Praktiker-Baumarkt in Heidenau sammeln wollten. Um die Unterkunft mit den Geflüchteten vor Angriffen zu schützen, gab es auch eine Mobilisierung und Aufrufe von linken Gruppen, an diesem Tag nach Heidenau zu fahren. Am Samstag, dem 22. August 2015, waren ab dem späten Nachmittag circa 200 antifaschistische Demonstrant_innen direkt vor dem ehemaligen Praktiker-Baumarkt und hielten dort eine friedliche Kundgebung gegen Neonazis und für die Verteidigung des Grundrechts auf Asyl ab. In der Nähe des Baumarkts standen einzelne Gruppen von Schaulustigen, unter welche sich vereinzelt Neonazis mischten. Am frühen Abend trafen am Heidenauer Bahnhof ca. 30 bekannte rechte Hooligans aus Dresden ein. Am Abend lief eine weitere Mobilisierung, die über soziale Medien in Fußballkreisen verbreitet wurde und zu einer verstärkten Anreise des entsprechenden Klientels ab ca. 21:00 Uhr führte. Im Laufe des Abends waren in der Stadt unterschiedlichen Schätzungen zufolge etwa 250 bis 300 Neonazis und Hooligans in mehreren Gruppen unangemeldet unterwegs. Diese konnten sich relativ frei in der Stadt bewegen, während die Antifa-Kundgebung von der Polizei umstellt wurde. Zu einer größeren Ansammlung von Hooligans kam es auf den Parkplätzen des Real-Marktes und eines Roller-Warenhauses. Laut Angabe des Sächsischen Innenministeriums waren an diesem Abend in Heidenau trotz der Ereignisse am Vorabend lediglich 170 Polizist_innen im Einsatz. Mehrere organisierte Gruppen rechter Hooligans und/oder Neonazis versuch-

ten am späten Abend in die Nähe der Erstaufnahmeeinrichtung und der antifaschistischen Demonstrant_innen zu gelangen. Dabei kam es ab 22:30 Uhr zu massiven, gut organisierten Angriffen auf die Polizei. In die Richtung der Einsatzkräfte flogen dabei Pyro-Technik, Böller, Flaschen und Steine. Zu den namentlich bekannten Neonazis, die an diesem Abend in Heidenau agierten, gehören im Wesentlichen alle, die bereits in Freital am 31. Juli oder etwa auf der Bremer Straße in Dresden am 24. Juli eine Rolle spielten: nachweislich u. a. Protagonist_innen der Freien Kameradschaft Dresden und Bürgerwehr Freital 360. Drei Polizist_innen wurden laut SMI-Angaben bei diesem Einsatz verletzt. Der gezielte Angriff wurde von den Beamten relativ zügig abgewehrt und die Angreifer_innen zerstreut. Jedoch bekam die Polizei die Situation in Heidenau erst im Laufe der Nacht wieder vollständig unter Kontrolle. Die Teilnehmer_innen der Antifa-Kundgebung wurden währenddessen von der Polizei zügig zum Bahnhof gebracht und in einen Zug Richtung Dresden gesetzt. Insgesamt erteilte die Polizei laut SMI in der zweiten Krawallnacht 65 Platzverweise und nahm 23 Identitätsfeststellungen in »beiden Lagern« vor. Die wiederholten Ausschreitungen zogen eine überregionale Berichterstattung in Deutschland und in der internationalen Presse nach sich. Am Sonntag, dem 23. August, besuchte der sächsische Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) die Erstaufnahmeeinrichtung in Heidenau und kündigte zusammen mit seinem Innenminister Markus Ulbig (CDU) ein hartes Vorgehen an. Geplant war u. a. die Einrichtung eines polizeilichen Kontrollbereiches, um Menschen kontrollieren und eventuell Personen gezielt polizeilich ansprechen zu können. Am späten Nachmittag dieses Tages versammelten sich ca. 200 Antifaschist_innen direkt vor der Asylunterkunft, um gegen Rassismus zu demonstrieren. Etwa genauso viele Neonazis waren nach unterschiedlichen Schätzungen unangemeldet in der Stadt unterwegs. Die Polizei, mit einer ausreichenden Anzahl von Einsatzkräften vor Ort, führte umfangreiche Kontrollen durch. Dabei wurden laut SMI-Angaben 130 Platzverweise erteilt und 140

Identitätsfeststellungen in »beiden Lagern« durchgeführt. Auffällig ist, dass die herbeigebrachten Wasserwerfer trotz der Ereignisse der Vortage in Richtung der antifaschistischen Demonstration gerichtet waren. In den darauffolgenden Tagen besuchten unterschiedliche Bundespolitiker_innen, darunter u. a. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel, die Stadt. Die sächsischen Sicherheitsbehörden verhängten unterschiedliche Demonstrationsverbote und Kontrollzonen. Am Wochenende nach den Ausschreitungen galt ein vollständiges Demonstrationsverbot in Heidenau. Ein antirassistisches Willkommensfest durfte aufgrund einer erfolgreichen Klage gegen das Verbot stattfinden, ebenso eine sogenannte Anwohner_innen-Kundgebung am Bahnhof, angemeldet von dem durch seine Pegida-Zählungen bekannt gewordenen Jens L. Dieser wie auch die in Heidenau agierenden Nico Chawales, Katja K., Rene D. und die Familie T. gehörten schon in Freital zu Aktivist_innen der rassistischen Proteste. Jens L., Katja K. und Rene D. sind zudem bei Pegida-Demonstrationen in Dresden wiederholt als Ordner aufgetaucht. Nico Chawales trat als Redner bei Pegida und auf zahlreichen anderen asylfeindlichen Kundgebungen und Demonstrationen im Großraum Dresden auf. Sie verfügen scheinbar über Anbindung an den Kreis des Organisationsteams von Pegida. Die Lage in Heidenau beruhigte sich in den Tagen nach dem staatlichen Eingreifen wieder. In den darauffolgenden Wochen gab es von Seiten der Neonazis Versuche, Blockaden und Angriffe nach dem Vorbild von Heidenau u. a. in Freiberg, Weinböhl, Niederau, Dresden-Übigau und Dresden-Laubegast durchzuführen. Diese Aktionen hatten unterschiedliche Resonanz bei der örtlichen Bevölkerung und waren aus Sicht der Neonazis unterschiedlich erfolgreich.

DIE VÖLKISCH-RASSISTISCHE PEGIDA-BEWEGUNG ALS KATALYSATOR IN SACHSEN

Eine erste Einschätzung des Kulturbüro Sachsen e.V. aus dem Winter 2014 beschreibt die Dresdner **Pegida**-Demonstrationen als eine chauvinistische Bewegung, die ein autoritäres Demokratieverständnis vertritt und einen Resonanzraum für rassistische Positionen eröffnet.⁴ Diese Analyse muss mit den Erfahrungen der letzten 18 Monate revidiert und verschärft werden. Es hat sich gezeigt, dass **Pegida** zwar als Teil einer konformistischen Rechten angetreten ist, sich aber zu einer völkisch-rassistischen Bewegung entwickelte. Inzwischen lassen sich zahlreiche Beispiele in den Reden auf den Demonstrationen, in Facebook-Kommentaren der **Pegida**-Protagonist_innen sowie in den Positionen der Anhänger_innen finden, die den rassistischen und völkischen Charakter von **Pegida** deutlich belegen. Dabei handelt es sich nicht um Einzelfälle, sondern um eine Kontinuität.

Neben der Dresdner **Pegida**-Gruppe gibt es inzwischen einige wenige Ableger. Der wichtigste Ableger ist dabei **Legida** in Leipzig. Diese Gruppe trat von Beginn an deutlich aggressiver auf als das Dresdner Bündnis und wurde deutlicher von Neonazis und Hooligans mitgetragen. Bezüglich der Beteiligung von Neonazis an **Pegida** erkannten inzwischen auch staatliche Stellen, dass »regel-

4) Kulturbüro Sachsen e.V. (2014): Pegida – ein rassistischer Resonanzraum. Einschätzung des Kulturbüro Sachsen e.V. vom 13. Dezember 2014.



Werbung für Pegida auf einem Acker in Ulbersdorf, bei Sebnitz im Frühjahr 2016; Foto: Kulturbüro Sachsen e.V.

mäßig von ihrer Teilnahme auszugehen ist.«⁵ In Dresden nehmen regelmäßig NPD-Kader, verurteilte rechte Gewaltstraftäter, rechte Hooligans - die auch an den rassistischen Ausschreitungen in Heidenau und Freital beteiligt waren - sowie langjährige Kader der regionalen parteiunabhängigen Neonazi-Szene teil. Im Zuge der **Pegida**-Demonstrationen mussten mehrfach Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung oder Beleidigung sowie wegen des Mit-sich-Führens von Waffen auf öffentlichen Versammlungen durch Ordner und der öffentlichen Aufforderung zu Straftaten durch eine Rednerin eingeleitet werden. Im direkten Anschluss an die Kundgebung anlässlich des ersten **Pegida**-Geburtstages am 19. Oktober 2015 kam es in Dresden zu schweren Übergriffen von **Pegida**-Teilnehmer_innen auf Gegendemonstrant_innen. Bis zu 500 rechte Hooligans aus Sachsen und den angrenzenden Bundesländern sowie eine vierstellige Zahl von Neonazis nahmen an der Kundgebung zum ersten **Pegida**-Geburtstag teil und machten im Anschluss regelrecht Jagd auf Teilnehmer_innen der Gegenveranstaltungen. Im Zuge einer **Legida**-Demonstration am 11. Januar 2016 kam es zu einem weiteren Höhepunkt der von **Pegida**-ausgehenden Gewalt. Rund 250 rechten Hooligans

5) Antwort des Staatsministerium des Innern auf Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Extrem rechtes und rassistisches »Protest«-Geschehen im Freistaat Sachsen seit dem 1. Januar 2014; Drs.-Nr. 6/4060, S. 4.



Demonstration von Pegida am 06.02.2016 in Dresden.; Foto: Kulturbüro Sachsen e.V.

gelang ein gezielter Angriff im alternativ geprägten Leipziger Stadtteil Connewitz. Es wurden Imbisse, Cafes, Kneipen und das Vereinshaus des Roten Stern Leipzig angegriffen. Zahlreiche Fensterscheiben gingen zu Bruch, es wurden Böller und Pyrotechnik gezündet. Wie durch ein Wunder kamen keine Menschen ernsthaft körperlich zu Schaden.

Doch **Pegida** ist nicht nur wegen der eigenen völkisch-rassistischen Inhalte sowie der von der Bewegung direkt ausgehenden Gewalt gefährlich. Vielmehr kann **Pegida** auch als ein Katalysator für den sprunghaften Anstieg der Gewalt gegen Geflüchtete in Sachsen und anderswo, sowie als Antrieb für zahlreiche rassistische Proteste gegen Asylsuchende verstanden werden. Zahlreiche Menschen, die sich in den letzten Monaten an rassistischen Gruppen beteiligten, wurden über **Pegida** politisiert oder mindestens motiviert. Beispiele sind die oben gezeigten Personen René Seyfried aus Freital oder Eric P. und Daniel Z. aus Meißen. Zudem entsteht durch den zahlenmäßig vergleichsweise hohen Zuspruch der sozialen Medien **Pegidas** für die Anhänger_innen der Anschein, dass sie Teil der gesellschaftlichen Mehrheit sind. Wenn sie außerdem in ihren sozialen und freundschaftlichen Netzwerken nur mit Menschen befreundet sind, die ähnliche Positionen teilen und keinen Widerspruch erfahren, multipliziert sich dieser Eindruck. Zahlreichen **Pegida**-Teilnehmer_innen geht es längst nicht mehr um das Thema Asyl, sondern um die Umgestaltung der Gesellschaft in ihrem Sinne. Wenn die gewünschten Veränderungen nicht schnell genug eintreten, dann kann eine Radikalisierung von Positionen stattfinden, die die Meinungen verhärtet. Zudem fällt es rechten Gewaltstraftäter_innen und neonazistischen Terrorist_innen deutlich einfacher, ihre Handlungen umzusetzen, wenn diese glauben, einer gesellschaftlichen Mehrheitsbewegung anzugehören.

VORMARSCH VON RECHTSPOPULISTISCHEN POSITIONEN

Die Kritik an der Medienlandschaft ist traditionell stark. Die Vorwürfe reichen von Unverantwortlichkeit der Medien in der Auswahl der Themen, über einseitige Darstellung komplexer Zusammenhänge bis hin zum Vorwurf, dass es unsachliche Vorführungen einzelner Akteur_innen gäbe. In die »Medienschelte« reihen sich gern kritisierte und zu ihrem politischen Engagement nachgefragte Politiker_innen ein.

Fast unbemerkt profilierte sich im Wettbewerb um deutlich konservativ-reaktionär auftretende Medienformate die Wochenzeitung **Junge Freiheit** mit ihrem Chefredakteur Dieter Stein als deren publizistisches Leitmedium. In der andauernden außerparlamentarischen Debatte gelang auch dem Magazin des **Instituts für Staatspolitik Sezession** und dessen Protagonist Götz Kubitschek ein deutlicher Zugewinn an Leserschaft. Der Hochglanzauftritt des Monatsmagazins **Compact** des erfahrenen Ideologiejournalisten Jürgen Elsässer konnte sich laut Selbstangabe mit 120.000 verkauften Exemplaren pro Monat als Politmagazin des »Wutbürger_tums« etablieren. Der Aufstieg dieser Medienformate auch in Sachsen steht exemplarisch für den Vormarsch rechtspopulistischer und neuer rechter Ideen in der Gesellschaft.

Ihre Kampagne für die konformistische Rechtspartei **AfD** und die Exklusivberichterstattung über **Pegida** zeigt deren deutliche Überlegenheit gegenüber der bürgerlichen Presselandschaft, sich auf die Einstellungswelt und Emotionalität der populistischen Gesellschafter_innen einzulassen. In stillem gegenseitigem Einvernehmen grenzen sich die neu am Markt erfolgreichen Medien mit ihren Rezipient_innen von der etablierten bürgerlichen deutschen Medienlandschaft ab. Die seit dem Herbst 2015 wöchentlich in Dresden kolportierten Rufe »Lügenpresse«, »Merkel muss weg«, »Volksverräter« etc. erhalten in den Auftritten des Social Media einen bis dato unvorstellbaren positiven Widerhall und Verbreitung. Das Neue daran ist, dass die Schlagzeilen, Leitartikel und Exklusivberichte von **Compact**, **Junge Freiheit** und **Sezession** den Schlagworten einen publizistischen Background bieten können.

Die Nutzer_innen der Medienangebote der radikalen Rechtskonservativen wurden in Deutschland bisher als schlecht oder wenig organisierte Kleinstparteiengänger_innen wahrgenommen und ließen sich meist ohne größere gesellschaftliche Mühe als nonkonformistische Gesinnungsgänger_innen in das außergesellschaftliche »Extremistenfeld« verschieben. Spätestens mit der erfolgreichen Rezension und Rezeption des Buches von Thilo Sarazzin »**Deutschland schafft sich ab**« waren die »**Mitte Studien**« der Friedrich-Ebert-Stiftung⁶ oder auch die Einstellungsforschungen »**Deutsche Zustände**«⁷ des Institutes für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung Bielefeld in die analoge Wirklichkeit zurückgekehrt. Bereits seit der Jahrtausendwende beschäftigt die Sozialwissenschaftler_innen der Befund, dass es eine satte Zustimmung zu Desintegrationsideen innerhalb der deutschen Mehrheitsgesellschaft gibt. Die Veröffentlichungen der rechtspopulistischen Massenmedien und deren Social Media-Formate über die fehlende Debatte zu Diskriminierung in der Demokratie finden erhebliche Zustimmung vor allem in den

6) Vgl. Brähler/Decker/u.a. (2006-2014).

7) Vgl. Heitmeyer (2002-2012).

von ihnen auf die Formel des Political Correctness getrimmten öffentlichen Tabus. Die Diskussionen um eine Anbiederung in Sprache und Form über selbst auferlegte Sprechverbote bilden ein Forum, das große Schnittmengen und Übereinstimmungen mit konservativen Debatten hat.

Rechtspopulismus in organisierten und gleichermaßen konformen Formaten blieb bis zur Gründung der AfD in Deutschland im Wesentlichen aus dem parlamentarischen Betrieb ausgeschlossen. Die Rechtspopulisten der **Pro Parteien**, der Partei **Die Freiheit** und neoliberale Kleinstformate blieben nicht wählbar. Anders als in den Nachbarländern Deutschlands gelang es den großen Volksparteien bis zur Gründung der AfD, ihre desintegri-



Werbeschilder für das verschwörungstheoretische, rechte »Compact«-Magazin beim Europa-Aktionstag von Pegida am 06.02.2016 in Dresden.; Foto: Kulturbüro Sachsen e.V.

renden Radikale an sich zu binden. Im Jahr 2013 scheiterte die AfD noch knapp am Einzug in den Deutschen Bundestag. Bei den in den Jahren 2014, 2015 und im März 2016 stattgefundenen Landtagswahlen wurden in West- wie in Ostdeutschland mehrere Abgeordnete der AfD mandatiert. Die deutsche politische Realität erreicht somit der europäische Trend, der in Dänemark, Österreich oder auch Frankreich bereits seit Ende der 1990er Jahre anhält.

In der **Sezession**, der **Jungen Freiheit**, **PI News** oder dem Magazin **Compact** stellen die Verantwortlichen die Zeichen auf einen nunmehr unabwendbaren und notwendigen gesellschaftlichen Wandel, der durch die Desinformation einer staatlich kontrollierten Medienlandschaft kein öffentliches Echo und Darstellung findet. Die Empörung der **Stuttgart21**-Gegner_innen, das verbre-

cherische Wirken des Netzwerkes NSU, die rassistischen Entladungen gewaltbereiter Fußballanhängerschaften und die **Pegida**-Aufmärsche werden in ihren Beiträgen zum sicheren Zeichen des Untergangs umgedeutet. Sie erheben das inhaltliche Niveau der Stammtische in den publizistischen Raum und werden dafür als einzig wahre Medienvertreter_innen der demokratiekritischen/-feindlichen/-distanzierten bürgerlichen Strömungen gefeiert.

Mit prophetischen Posen üben die »neuen rechten« Medienmacher Einfluss auf eine stetig zunehmende Leserschaft aus und geben deren Kulturchauvinismus kontinuierlich Nahrung. Aus der Diskussion, dass doch alles letztlich umsonst und dem Untergang geweiht sei, werden geschickt die kämpferisch-schöpferischen Thesen einer kommenden gerechten »konservativen« Welt eingestreut. Den Rezipient_innen werden die Ideen von Oswald Spengler und Carl Schmitt in modernisierter und auch unveränderter Weise als Visionen entwickelt, die notwendigerweise real werden müssten, damit es einen neuen Aufschwung, eine neue ungeahnte Welle Reichtums geben könne. Die Bedingungen für einen solchen Wandel diskutieren **Junge Freiheit**, **Sezession** oder auch **Compact** anhand tagesaktueller politischer Konflikte. Der Stil ist antidemokratisch, die Argumentationen wiederholen sich. Immer wieder wird das Mantra der Dekadenz von Eliten und Gesellschaft bemüht. Die Gesellschaft sei von einem »68er Ungeist« verführt, die deutsche Bevölkerung in ihren Zielen fehlgeleitet und ihre Eliten Vasallen deutschenfeindlicher ausländischer Mächte.

Ein produktiver und publizierender Gesellschafter in diesem Kreis ist der gebürtige Chemnitzer Felix Menzel. Anhand seines Werdegangs lassen sich exemplarisch und außergewöhnlich gut Motivationen und politische Absichten zeigen. Er selbst ist Jahrgang 1985. Seine publizistische Biografie beginnt mit der Gründung der Zeitschrift **Blaue Narzisse** der Chemnitzer Pennäler-Burschenschaft.

Menzel ist in Chemnitz politisch sozialisiert worden. In Chemnitz und Umgebung hatte sich seit den 1990er Jahren mittels der **Blood & Honour (B & H)**-Organisation die regionale Kameradschaftsszene einen anerkannten führenden Status in der bundesweiten Bewegung erworben.⁸ Bis heute sind in Chemnitz zahlreiche Akteur_innen der Nachfolgeorganisation der Deutschen Sektion von **B & H** politisch aktiv. Es ist heute bewiesen, dass die Terrorist_innen des NSU in der Region Chemnitz über ein breites Unterstützer_innen-Umfeld verfügten. Nach wie vor sind **PC Records** und das Umfeld der Nazimusikproduzenten in Chemnitz tätig und werden als Zentrum der Produktion von Nazimusik in Deutschland verstanden.

Menzel war in seinem politischen Werdegang in Chemnitz vom Habitus und den politischen Aktionsformen einer radikalen und gewaltförmigen neonazistischen Szene umgeben. Seine politische Idee orientierte sich an der sich selbst so verstehenden radikalen konservativen Elite. So wurde er bald Mitwirkender der **Subver-**

8) Blood & Honour ist ein gewalttätiges, internationales Neonazi-Netzwerk, das insbesondere die Produktion, den Vertrieb und Konzerte von neonazistischen Bands organisiert. Ausführungen zu B & H in Chemnitz finden sich u.a. in »Sachsen rechts unten 2015«.

siven Konservativen Aktion. Diese entfaltet ihre Wirksamkeit in ihrer Fähigkeit, Anerkennung ihrer Kampagnen auch im konformen konservativen Milieu zu bekommen. Menzel hatte schon zu diesem sehr frühen Zeitpunkt mehr Erfolg in der Verbreitung und Rezeption in breiten bürgerlichen Kreisen. Die mit mehr Auflagen produzierten Veröffentlichungen wie **Funkenflug**, des inzwischen verbotenen **Heimattreuen Deutschen Jugend e.V.(HDJ)** oder die von der **JN** herausgegebene **Hier und Jetzt** erreichten in Stil und Themenwahl nie eine breite gesellschaftliche Öffentlichkeit außerhalb ihrer Organisationen und Klientel.

Menzel kultivierte in der **Blauen Narzisse** genau die seriöse Radikalität in Sprache und Stil, die den nonkonformistischen Rechten, wie der **NPD**, als Forderung anstand. Mit dem Rückgriff auf die radikale Kritik der konservativen Feinde der Weimarer Republik gelang ihm die Verknüpfung politischer Überzeugungen und Statements von bürgerlichen Politiker_innen mit den rechten Überzeugungen der Burschenschaften und der Wähler_innenklientel von **Pro Chemnitz** und **NPD**. Deren Kritik an Parlamentarismus und repräsentativer Demokratie, die Sehnsucht nach einer ermächtigten und starken Führung durch eine bürgerliche Elite und einer starken deutschen Nation transformierte er geschickt in eine moderne Sprache. Den demokratiedistanzierten oder auch -feindlichen Strömungen der bürgerlichen Gesellschaft wachsen mit den Forderungen der Konservativen Revolution der zwanziger und dreißiger Jahre des vergangenen Jahrhunderts Argumentationen und Zitatentartete zu, die die eigenen Ressentiments und Berührungspunkte als eine vermeintlich rationale und legitimierte Alternative zu Rassismus und völkischem Denken erscheinen lassen. Aus dieser Gemengelage erwachsen ihre politischen Motivationen: die Wiedergeburt eines elitären bürgerlichen Konservatismus.

Die wesentlichen Argumentationen dieses elitären, deutsch-bürgerlichen Konservatismus erreichen auch viele bürgerliche politische Kreise, die selbst von einem Wechsel hin zu einer mandatierten Demokratie als besserer gesellschaftlicher Alternative überzeugt sind. Sie diskutieren offen über »nationale Tugenden«, die den Deutschen durch Überfremdung angeblich verloren gingen.

Unisono bindet die konformistische »Neue Rechte« Zuwanderung an ein wirtschaftliches Primat, an Nützlichkeit als Abwehr gegen Einwanderung. Den bisherigen Höhepunkt ihrer Verschwörungphantasien bildet deren Vokabel des »christlich-jüdischen Abendlandes«. In diesem Konstrukt sind dann beliebig Ressentiments gegen Dritte zu finden. In dieser Melange ist das **SPD**-Mitglied Sarrazin wichtiger Stichwortgeber. In den Kreisen der anderen Parteien wird von Etabliertenvorrechten deutscher Arbeitnehmer_innen fabuliert, wie etwa von Sahra Wagenknecht, **MdB** der Partei **Die Linke**. Die praktische Politik in der Transformationsgesellschaft unter dem seit 1990 anhaltenden Diktat gegen Einwanderung und die Erfindung einer angeblichen »Deutschen Leitkultur« radikalieren diese Strömungen in gleicher Weise, wie sie diese normalisieren. So ist die Gesellschaft, wird sie an den Themen Einwanderung, Menschenrechte, Rassismus gemessen, eine insgesamt Radikalere geworden.

Allen europäischen Rechtspopulist_innen ist die aktuelle Politik der EU in Sachen Asyl ein wichtiges Anliegen. Noch 2011 waren es die Themen um eine fabulierte Islamisierung, die das Wesen der Argumentationen ausmachten. Inzwischen ist die Islamisierungskampagne zugunsten einer strikten Ablehnung von Einwanderung gewichen.

In den aktuellen gesellschaftspolitischen Diskussionen werden die Argumentationen der Gegner_innen von Einwanderung und Asyl entlang kulturchauvinistischer Überzeugungen vorgetragen. Die Sprecher_innen solcher Überzeugungen sind oft gleichermaßen Gegner_innen von gleichberechtigter Teilhabe und Gleichwertigkeit diverser Lebensumstände und Lebensentwürfe. Es ist davon auszugehen, dass die AfD als parlamentarischer Arm dieser neuen konformistischen Rechten längere Zeit bestehen bleibt. Die Anbieterung konservativer und sozialdemokratischer Parteien an deren Positionen trägt einerseits zu einer deutlichen Diskursverschiebung in der Gesellschaft bei und ermöglicht es andererseits den Rechtspopulist_innen, sukzessive weitere Schritte in eine radikalere Richtung zu gehen, ohne dass ihnen diese Schritte vorgeworfen werden könnten.

FAZIT

Die Auseinandersetzung mit Neonazismus und unterschiedlichen Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ist eine gesamtgesellschaftliche Daueraufgabe. Zivilgesellschaftliche Zusammenhänge in Haupt- und Ehrenamt, die politischen Bildner_innen, die Schulen, die Verwaltung, die politischen Entscheidungsträger_innen und die staatlichen Behörden haben teils unterschiedliche Rollen und Aufgaben in diesem Feld. Die vorliegenden Beschreibungen für das Bundesland Sachsen zeigen, dass es keinen Grund geben kann, in der Erfüllung dieser Rollen und Aufgaben nachzulassen. Rassismus ist in Sachsen weiterhin ein fester Bestandteil des gesellschaftlichen Wissensbestandes. Für die Betroffenen von Rassismus führt diese Tatsache zu tagtäglichem Diskriminierung, die sie erleben müssen. In ihrer letzten Konsequenz führen rassistische Positionen und Handlungsweisen zu Gewalt und zu einer tödlichen Gefahr.

In Sachsen ist die NPD nicht mehr alleiniger Protagonist in der neonazistischen Szene. Die Partei konnte nicht von den asylfeindlichen Stimmungen, die sie mit angeheizt hat, profitieren. In vielen Orten ist sie zwar Teil der rassistischen Gruppen, aber nicht die wortführende Kraft. Oft waren schon andere vor der NPD da, so dass sie keinen Platz mehr findet. In der aktionsorientierten Neonazi-Szene sind es vor allem die Parteien **Die Rechte** und **Der III. Weg**, die organisierte Zusammenhänge mobilisieren können. Auffällig wird in der Analyse zudem, dass die rassistischen Ausschreitungen im Sommer 2015 rund um die Landeshauptstadt Dresden von dem immer gleichen Personenzusammenhang begangen wurden, der sich scheinbar vorrangig aus dem Hooligan-Umfeld rekrutiert.

Die sächsische Demonstrationsbewegung **Pegida** hat sich inhaltlich in einem völkisch-rassistischen Diskurs verfestigt.

Ihre Massenaufmärsche wirken auf Neonazis und andere Rassist_innen wie ein Katalysator, der zu weiteren Aktionen und bei anhaltendem Nichterfolg auch zu Gewalt anspornt. Bei den asylfeindlichen Protesten geht es an vielen Orten längst nicht mehr nur um die Frage von Zuwanderung, sondern neben der Forderung nach Absetzung der derzeitigen Regierung wird auch die Systemfrage gestellt. Oft mischen bei den asylfeindlichen Gruppen einzelne Zusammenhänge mit, die als Ziel der Proteste eine andere Gesellschaftsordnung im Visier haben, die sich von einer offenen, liberalen und menschenrechtsorientierten Demokratie grundlegend unterscheidet. Im Fahrwasser von **Pegida** haben sich zudem rechtspopulistische und neu-rechte Strukturen weiter verfestigt und sind auf dem Vormarsch. Sie bilden eine konformistische Rechte, der es gelingt auch in bürgerliche Kreise zu wirken und ohne einen neonazistischen Habitus Rassismus und andere Formen von Ausgrenzung, z.B. über einen Kulturchauvinismus sagbar zu machen.

Betont werden muss, dass auch in Sachsen, welches von all diesen Entwicklungen in besonderem Maße betroffen ist, ein breites und ausdifferenziertes Netzwerk von menschenrechtsorientierten Gruppen und Einzelpersonen existiert. In Willkommensbündnissen, Kirchgemeinden, Vereinen, Initiativen, Antifa-Gruppen und zahlreichen anderen Zusammenhängen wird den extrem rechten Positionen widersprochen, sich ihnen entgegengestellt und ein anderes Beispiel von Gesellschaft vorgelebt. Das oft ehrenamtliche Engagement dieser Menschen gibt der demokratischen Gesellschaft derzeit ihre Stabilität. Die Rassist_innen stellen in Sachsen nicht die Mehrheit. Damit dies so bleibt, muss auch in Zukunft für die Demokratie gestritten werden.

ANGEBOTE DES KULTURBÜRO SACHSEN E.V.

Das Kulturbüro Sachsen e.V. setzt sich für eine lebendige Demokratie ein. Sie benötigt und ermöglicht eine gleichberechtigte, öffentliche Streitkultur und die Anerkennung vielfältiger Lebensweisen.



KULTURBÜRO
SACHSEN E.V.

MOBILE BERATUNG GEGEN RECHTSEXTREMISMUS UND FÜR DEMOKRATIE

Die Mobilen Beratungsteams des Kulturbüro Sachsen e.V. beraten Kommunen, Verwaltung, Kommunalpolitik, Kirchgemeinden, Vereine, Initiativen und andere Gruppen in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus. Ziel ist die Entwicklung einer menschenrechtsorientierten Demokratie, die von den Akteur_innen vor Ort getragen wird. Die Berater_innen des Kulturbüro Sachsen e.V. in den Regionalbüros verfügen über umfassende Regionalkenntnis und langjährige Praxiserfahrung.

FACHSTELLE ASYL UND MIGRATION

Das Projekt **Support für Initiative** in der Fachstelle Asyl und Migration des Kulturbüro Sachsen e.V. richtet sich sachsenweit an Menschen, die sich ehrenamtlich in ihrer Gemeinde oder Stadt mit geflüchteten Menschen solidarisieren wollen und ihnen ihre Unterstützung anbieten wollen. In Kooperation mit Partner_innen wie beispielsweise Kirche, demokratischen Initiativen und Vereinen, Verwaltung und Politik bietet das Projekt vor Ort Unterstützung für ehrenamtlich Engagierte an.

ARBEITSBEREICH GEMEINWESENARBEIT UND EMPOWERMENT

Das Projekt **Diversity and Empowerment** (DiadEm) arbeitet an zwei Projektstandorten und fördert lokale Demokratie und das Empowerment von Jugendlichen.

FACHSTELLE JUGENDHILFE – DEMOKRATIEWERTE GEGEN RECHTS

Die sachsenweit agierende Fachstelle Jugendhilfe ist als spezifisches Angebot an die Landschaft der öffentlichen und freien Jugendhilfeträger in Sachsen zu verstehen. Sie bringt hier in der Verzahnung mit anderen Angeboten ihre Spezialkenntnisse und ihre Kompetenzen in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus ein.

FACHSTELLE BILDUNGSANGEBOTE

Das Kulturbüro Sachsen e.V. bietet unterschiedliche Formate von Bildungsangeboten, Workshops, Vorträgen und Trainings an. Diese bewegen sich in den Themenbereichen Asyl und der Auseinandersetzung mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Neonazismus. Zielgruppen sind Mitarbeiter_innen der pädagogischen und sozialen Arbeit, ehrenamtlich und hauptamtlich Engagierte sowie Unternehmen und deren Mitarbeiter_innen.

KONTAKT

Kulturbüro Sachsen e.V.
Geschäftsstelle
Bautzner Straße 45
01099 Dresden

Tel. 0351 – 272 14 90
E-Mail buero@kulturbuero-sachsen.de